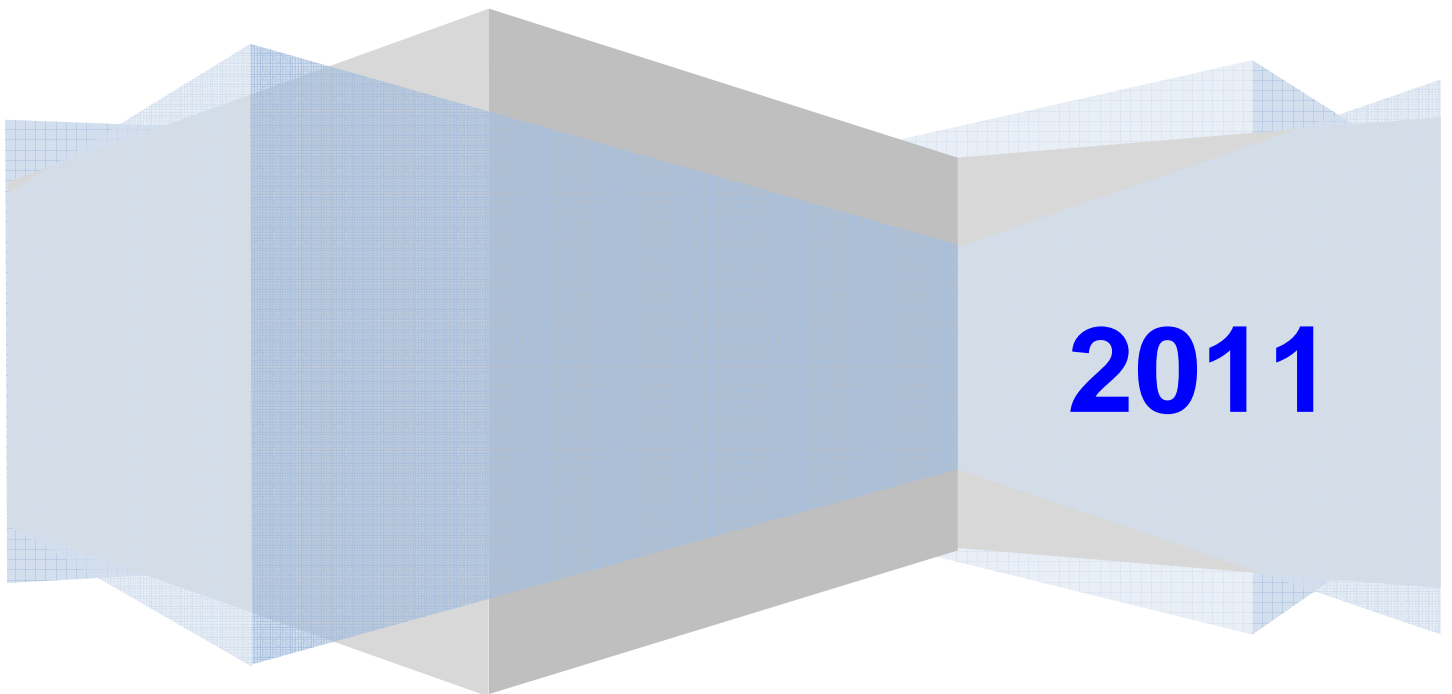


PHILIPS

Geschäftsbericht

Philips Pensionskasse (VVG)



Philips Pensionskasse (VVG)
Lübeckertordamm 1 - 3
20099 Hamburg

Geschäftsbericht 2011

Inhalt

	<u>Seite</u>
Lagebericht _____	2
Bilanz _____	9
Gewinn- und Verlustrechnung _____	11
Anhang _____	12
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden _____	12
Erläuterungen zur Bilanz _____	13
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung _____	16
Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Abs. 11 _____	16
Sonstige Angaben _____	16
Aufsichtsrat und Vorstand _____	17
Bericht des Aufsichtsrates _____	18
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers _____	19
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen _____	20
Entwicklung der Aktivposten _____	21

L a g e b e r i c h t

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Rechtliches

Die Philips Pensionskasse (VVaG) - im folgenden "Pensionskasse" genannt - ist ein "kleinerer Versicherungsverein" im Sinne des § 53 VAG und gilt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 3. November 2005 und in Anwendung von § 118 b Abs. 3 VAG als regulierte Pensionskasse. Sie ist gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 6 des Körperschaftsteuergesetzes steuerbefreit.

Die Pensionskasse nimmt satzungsgemäß Personen von Unternehmen, die von der Philips Deutschland GmbH als an der Philips Pensionskasse beteiligte deutsche Philips Unternehmen bestimmt sind, als Mitglieder auf und bietet ihnen Versicherungsleistungen in Form von Altersrenten einschließlich Invaliden- und Hinterbliebenenrenten an.

Zusätzlich werden Personen Mitglied der Pensionskasse, wenn sie im Rahmen eines Versorgungsausgleichs nach dem Versorgungsausgleichsgesetz durch interne Teilung ein Anrecht auf Versorgungsleistungen bei der Pensionskasse erwerben.

Wenn ein Unternehmen seine Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen verliert, kann es mit der Kasse vereinbaren, dass es für die Mitglieder der Kasse, die zum Zeitpunkt des Verlustes der Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis zu ihm stehen, weiterhin die Pflichten eines beteiligten Unternehmens übernimmt.

Die zuletzt geänderte Satzung trat nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vom 22. August 2011 in Kraft. Die satzungsgemäß jährlich einmal in der ersten Hälfte eines jeden Jahres vorgeschriebene ordentliche Mitgliederversammlung hat am 31. Mai 2011 in Hamburg stattgefunden.

Auf Basis eines Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages vom 23. März 2009 hat die Philips Pensionskasse (VVaG) zum 1. April 2009 die Bestandsverwaltung, die Leistungsbearbeitung, das Rechnungswesen, die Vermögensanlage und die Vermögensverwaltung (§ 5 Abs. 3 Nr. 4 VAG) sowie das Controlling, das Risikomanagement und das aufsichtsrechtliche Berichtswesen auf die Philips Pensions-Service eG übertragen.

Mit Schreiben vom 26. März 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dem Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag zugestimmt.

Gemäß Betriebsübertragungsvertrag vom 25. März 2009 wurde der Betrieb der Philips Pensionskasse (VVaG) mit Wirkung zum 1. April 2009 auf die Philips Pensions-Service eG übertragen. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer der Philips Pensionskasse (VVaG) sind gemäß § 613 a BGB auf die Philips Pensions-Service eG übergegangen.

Die Pensionskasse ist Mitglied der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V., Heidelberg sowie des Verbandes der Firmenpensionskassen e. V., Berlin.

Geschäftsverlauf

1. Bestandsentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres hatte die Pensionskasse 12.511 aktive Mitglieder (Vorjahr 12.609), 8.468 rentenbeziehende Mitglieder (Vorjahr 8.382) sowie 2.339 rentenbeziehende Witwen, Witwer und Waisen (Vorjahr 2.257). Einzelheiten über die Bewegungen des Bestandes an Pensions-Versicherungen vermittelt die entsprechende Anlage zum Lagebericht.

Die Beitragseinnahmen betrugen im Jahr 2011 Mio. € 13,0 und lagen damit unter dem Niveau des Vorjahres.

Die Rentenzahlungen im Berichtsjahr erhöhten sich um Mio. € 0,8 bzw. 2,5 % auf Mio. € 33,2. Der erneute Anstieg gegenüber dem Vorjahr war im Wesentlichen auf die weitere Zunahme der Anzahl der Rentner zurückzuführen.

2. Kapitalanlagen

Um von den als Folge der in 2011 vorherrschenden Euro-Schuldenkrise stark erhöhten Renditen festverzinslicher Wertpapiere zu profitieren, hat die Pensionskasse ausgewählte europäische Staats- und Unternehmensanleihen bester Bonität ("Investmentgrade"-Ratings) erworben. Dazu gehörten auch Anleihen der Länder Irland, Italien und Spanien, für deren dauerhafte Bonität kein Risiko gesehen wird. Griechische Staatsanleihen wurden ausdrücklich nicht gekauft, da hier mit einem Schuldnerausfall zu rechnen war. Alle Anleihen lauteten auf Euro.

Wie bereits in der Vergangenheit, wurden die neu gekauften festverzinslichen Wertpapiere dem Anlagevermögen zugeführt (§ 341b Abs. 2 HGB).

Vereinzelt wurden Schuldscheindarlehen deutscher Emittenten, deren Bonität sich auf Grund von Rückstufungen der Ratings verschlechtert hatte, aus Vorsichtsgründen vor Fälligkeit veräußert.

Für die direkt gehaltenen Immobilien konnte mit dem Neubau eines reinen Wohngebäudes in Hamburg-Wandsbek begonnen werden, welches voraussichtlich im Herbst 2012 fertig gestellt sein wird.

Auf Grund anstehender größerer Instandhaltungsmaßnahmen und des fortgeschrittenen Alters wurde im letzten Geschäftsjahr ein Objekt in Bad Tölz verkauft.

Zur Realisierung von Reserven und um einen weiteren Verkauf von Objekten zu vermeiden, hat die Pensionskasse Ende 2011 eine Immobilien GmbH & Co KG gegründet, in welche ein größeres Hamburger Objekt eingebracht wurde.

Zu Gunsten der zuvor genannten Direktanlagen (Anleihekäufe) wurde das Volumen des bestehenden Wertpapier-Master-Fonds im Jahresverlauf schrittweise abgebaut. Dabei erfolgte die Kündigung von zwei Mandaten für das quantitative Management europäischer Staatsanleihen sowie ab dem Sommer vor allem der Aktien- und Rohstoffmandate. Innerhalb des Fonds wurden die Anlagearten Euro-Unternehmens- sowie globale Schwellenländeranleihen aufgestockt.

Zum Bilanzstichtag besteht der Master-Fonds aus fünf Einzelmandaten für europäische und globale festverzinsliche Wertpapiere.

Für den Wertpapier-Master-Fonds werden seit 2011 die Möglichkeiten des § 341b Abs. 2 HGB genutzt, da der Fonds insgesamt nun im Anlagevermögen geführt wird.

Nach den Verkäufen im zweiten Halbjahr des Jahres 2011 hält die Pensionskasse keine Aktien- oder Rohstoffbestände mehr.

Sofern die direkt erwerbbaaren Renditen weiterhin attraktiv erscheinen, soll der beschriebene strategische Abbau externer Wertpapiermandate fortgesetzt werden. Ziel der Maßnahme ist es, die stetigen Erträge aus Kuponzahlungen direkt gehaltener Anleihen merklich zu erhöhen bzw. die Unsicherheiten auf Grund der möglichen hohen Schwankungsbreiten externer Mandate zu verringern.

Der Bestand an Immobilienspezialfonds wurde im Wesentlichen durch eine Zusage für ein Produkt, dessen Anlagefokus deutsche Fachmarktzentren namhafter nationaler und internationaler Ketten darstellen, erhöht.

Der seit 2009 begonnene Aufbau der Anlageklasse "Alternative Investments" konnte in den letzten Monaten durch die Bedienung eingehender Mittelabrufe für zuvor gegebene Beteiligungszusagen für europäische Photovoltaik- und Windprojekte konsequent fortgesetzt werden. Bei einer in 2010 getätigten ersten Zusage für das Anlagethema "Wald" wurden in 2011 die entsprechenden Gelder vollständig eingezahlt. Außerdem erfolgte eine weitere Beteiligung an einem zweiten "Wald"-Investment, bei der mit dem Abruf der Gelder ab dem zweiten Halbjahr 2012 zu rechnen ist.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2011 liegen weitere interessante Beteiligungsofferten für die Anlageklassen Erneuerbare Energien, Wald und Infrastruktur vor, die in 2012 geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden sollen.

Aufgrund der bestehenden staatlich garantierten Einspeise- und Abnahmevergütungen sind speziell Investments in Erneuerbare Energien attraktiv, da so langfristig hohe und gut planbare Erträge erzielbar werden. Außerdem gelingt es der Pensionskasse durch diese Engagements den Nachhaltigkeitsgedanken in den Gesamtanlagen maßgeblich zu unterstützen.

Strategisch plant die Pensionskasse die Anlagequote in "Alternativen Investments" i. S. von Erneuerbaren Energien, Wald und Infrastruktur mittelfristig auf bis zu ca. 15 % der Gesamtanlagen auszubauen.

In die Anlageklassen Private Equity und Hedge Funds werden auch zukünftig keine Investments getätigt.

Die Nettoverzinsung der Gesamtanlagen der Philips Pensionskasse für 2011 liegt bei 3,89 % nach 4,74 % im Vorjahr.

3. Überschussbeteiligung und Jahresergebnis

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 31. Mai 2011 für die Renten- und Anwartschaftserhöhung T€ 4.463 entnommen worden.

Im Umfang von T€ 7.275 (vgl. Risikoverlauf und zukünftige Entwicklung) wurde eine erneute außerordentliche Verstärkung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung erfolgte nicht. Diese Bilanzposition macht nach der o. a. Entnahme nun T€ 979 aus.

Der im Berichtsjahr 2011 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von T€ 600 wurde in die Gewinnrücklage - Verlustrücklage gem. § 37 VAG - eingestellt, so dass ein ausgeglichener Bilanzgewinn ausgewiesen wird.

Die Anwendung des im Rahmen der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Dezember 2007 beschlossenen eigenständigen Verfahrens zur Beteiligung an den stillen Reserven (§ 153 i. V. m. § 211 VVG) ergab zum 31.12.2011 keine zuteilbaren Bewertungsreserven.

4. Risikoverlauf

Die geschäftsplanmäßigen Sterbens- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten wurden zuletzt im Jahre 2005 angepasst. Jährlich wird überprüft, ob die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ausreichende Sicherheiten enthalten.

Die für das Geschäftsjahr 2011 durchgeführten Risikountersuchungen zeigen, dass - entgegen der Beobachtungen der beiden letzten Jahre - sowohl bei männlichen und weiblichen Altersrentnern nach der Jahresrente eine leichte Übersterblichkeit festzustellen war. Bei den Hinterbliebenenrentnern hat sich dagegen die in den Vorjahren beobachtete Untersterblichkeit fortgesetzt. Insgesamt hat bei den Rentenempfängern die vorhandene Sicherheitsreserve (gemessen am Durchschnitt der letzten sechs Jahre) im Jahr 2011 weiter abgenommen, sodass eine erneute Anpassung der Sterbenswahrscheinlichkeiten für Rentner unvermeidlich ist.

Um für die sich daraus ergebende Verstärkung der Deckungsrückstellung bereits jetzt finanzielle Vorsorge zu treffen, wird die geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung für Versicherungen nach AVB Tarif 1985 zum 31.12.2011 pauschal um einen Betrag von Mio. € 26,2 (Vorjahr Mio. € 23,2) erhöht. Daneben steht ein Pauschalbetrag von Mio. € 1,1 zur Verstärkung der Deckungsrückstellung für Versicherungen nach AVB Tarif 2002 Grundversorgung zur Verfügung.

Für die Leistungsanwärter lagen die tatsächlichen Sterbefälle sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern - mit Ausnahme der weiblichen Mitglieder mit einer Versicherung nach Tarif 2002 - im Durchschnitt der letzten sechs Jahre - bezogen auf die Anzahl wie auch auf die (versicherte) Jahresrente - auf unterrechnungsmäßigem Niveau. Bei den weiblichen Mitgliedern sind dabei stärkere Schwankungen für die einzelnen Jahre festzustellen. Auch hinsichtlich der Invaliditätsfälle ist im Durchschnitt der letzten sechs Jahre ein unterrechnungsmäßiger Verlauf zu verzeichnen, der bei männlichen Mitgliedern stärker als bei weiblichen Mitgliedern ausgeprägt ist. Die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen für die Anwartschaften zeigen somit weiter ausreichende Sicherheitsreserven.

5. Chancen / Risiken und zukünftige Entwicklung

Aus einem insgesamt hohen direkt und indirekt gehaltenen Bestand an Unternehmensanleihen sowie europäischen Staatsanleihen könnten sich bei einer weiteren Verschärfung der Euro-Schuldenkrise Kurs- und Bonitätsrisiken ergeben. Bei einer Abschwächung der bisherigen Wachstumsdynamik in den Schwellenländern wären in den Anleihe-Mandaten für diese Länder Währungs- und Kursrückgänge möglich.

Neue Bestände in Aktien- und Rohstoffanlagen werden erst nach entsprechend positiven Signalen des internen Risikomanagements wieder aufgebaut (die derzeitige Anlagequote liegt bei jeweils 0 %). Zudem würden diese Assetklassen zwingend von einem externen qualifizierten Dienstleister im Rahmen eines "Risiko-Overlay-Managements" überwacht werden, so dass sich keine bestandsgefährdenden Risiken für die Pensionskasse ergeben sollten.

Im Interesse des erwarteten positiven Chance-Risiko-Profiles, vor allem des gegebenen Inflationsschutzes, muss die mit dem strategischen Aufbau nennenswerter Anlagequoten in Erneuerbaren Energien, Wald und Infrastruktur verbundene lange Bindungsdauer und begrenzte Fungibilität dieser Anlageteile akzeptiert werden. Gleiches gilt für den vergleichsweise hohen Bestand an Immobilienanlagen. Allerdings ermöglicht eine laufende Liquiditätsplanung der Pensionskasse entsprechende Anlagen uneingeschränkt.

Die von den europäischen Staaten garantierten Einspeise- und Abnahmevergütungen für Photovoltaik- und Wind-Energieprojekte könnten von möglichen Subventionskürzungen oder Vertragskündigungen betroffen sein. In diesem Fall sind die Ansprüche allerdings entweder einklagbar oder aber es werden mit den einzelnen Ländern entsprechende Ausgleichsvereinbarungen getroffen.

Generell wird auf eine angemessene breite Streuung der Gesamtanlagen geachtet. Dies gilt insbesondere auch innerhalb der Emittenten aller direkten und indirekten Anleihebestände. Eine zeitnahe Überwachung der schulderspezifischen Ratings begrenzt mögliche Emittentenrisiken. Auch der, von wenigen Ausnahmen in externen Fondsmandaten abgesehen, ausschließliche Erwerb bester Qualitäten im „Investment Grade“-Bereich sollte eventuelle Kreditrisiken limitieren.

In den Direktanlagen bestehen keine Fremdwährungsrisiken. In den extern vergebenen Mandaten für festverzinsliche Wertpapiere oder in einzelnen Beteiligungen werden diese durch laufende Absicherungen vermieden oder zumindest stark vermindert. Generell bestehen die Kapitalanlagen der Philips Pensionskasse zum absolut überwiegenden Teil aus Investments in Euro.

Im Rahmen eines internen Risikomanagements werden die Gesamtanlagen regelmäßig verschiedenen Stresstests unterzogen. Zum einen werden hierzu quartalsweise die Berechnungsmethoden und Szenarien verwendet, welche von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgegeben sind. Zusätzlich lässt die Pensionskasse selbst festgelegte Stresstest-Szenarien monatlich von einem externen Dienstleister berechnen.

Mit Hilfe dieser Simulationsrechnungen wird überprüft, ob die Deckungsrückstellung auch bei extrem negativen Kapitalmarktveränderungen durch ein ausreichendes Kapitalvermögen bedeckt ist.

Während des gesamten Jahres 2011 hat die Pensionskasse sämtliche internen und externen Stresstests jederzeit und uneingeschränkt bestanden.

Auch in anderen Teilbereichen des Risikomanagements der Kapitalanlagen arbeitet die Pensionskasse mit qualifizierten externen Partnern zusammen. U. a. erhält die Kasse monatliche Informationen zu wesentlichen Risiko-Kennzahlen zugeliefert. Hierzu gehören Berechnungen über die maximal zu erwartenden Wertverluste der Anlagen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und mit einer bestimmten Eintrittswahrscheinlichkeit (Value-at-Risk-Daten) sowie die Berücksichtigung von Korrelationseffekten zwischen den Anlagearten. Die externe Überwachung einer Wertuntergrenze für Spezialfondsmandate (sofern "Risikokapitalanlagen", d. h. Aktien und Rohstoffe, gehalten werden) stellt einen zusätzlichen Bereich der Zusammenarbeit mit qualifizierten Dienstleistern dar und steigert den Schutz der Substanz der Kapitalanlagen nachhaltig.

Die Ergebnisse der zuvor genannten Verfahren münden in einem internen Risikoberichtswesen, welches auf Basis von Ampelschaltungen zeitnah Hinweise auf eine ggfs. kritische Risikosituation in den Kapitalanlagen der Pensionskasse gibt. Auf Grundlage dieser Risikoberichte werden bei Bedarf unmittelbare Entscheidungen getroffen und evtl. Anpassungen in der Asset Allokation vorgenommen, so z. B. der vollständige Abbau aller Aktienbestände im Sommer des letzten Jahres.

Sämtliche intern eingesetzten Verfahren und Tools werden jährlich auf ihre Sinnhaftigkeit und Angemessenheit hin in einem "Risikomanagement-Team" überprüft und ggf. angepasst oder erweitert.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden der Versicherungsbereich und die Kapitalanlagetätigkeit der Pensionskasse bzw. die Organisation und die Prozesse der entsprechenden Bereiche der Philips Pensions-Service eG einer Prüfung durch die Interne Revision (als Outsourcing-Partner durch eine namhafte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) unterzogen. Diese Prüfung erbrachte keine Kritikpunkte. Gleiches gilt für die Prüfung und Bewertung der Risikostrategie der Kasse.

Die Pensionskasse verfügt über einen ausgewogenen Versicherungsbestand und vorsichtig dotierte Rückstellungen. Die Risiken des Versicherungsverlaufes werden jährlich durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft.

Der auf Grund der aktuariellen Überprüfungen der biometrischen Risiken bestehende Bedarf für eine Verstärkung der Deckungsrückstellung führte nach außerordentlichen Zuführungen in den Jahren 2008 bis 2010 in Höhe von insgesamt Mio. € 23,2 zu einer weiteren Zuführung von Mio. € 4,1 in 2011. Die biometrischen Risiken sind mit diesen Maßnahmen bis auf Weiteres abgedeckt. Allerdings muss auch zukünftig damit gerechnet werden, dass die zunehmende Längerlebigkeit der Mitglieder weitere außerplanmäßige Zuführungen zur Deckungsrückstellung erforderlich machen wird.

Aus der Tatsache, dass allen Tarifen der Pensionskasse ein Rechnungszins zu Grunde liegt, der jährlich neu an den Kapitalmärkten erwirtschaftet werden muss, entstehen der Pensionskasse prinzipiell Zinsrisiken (Garantierisiko).

Um dem nun schon länger andauernden Niedrigzinsumfeld deutscher Anleihen Rechnung zu tragen, wurde der Deckungsrückstellung im Berichtsjahr erstmalig ein Betrag von Mio. € 3,2 zugeführt. Sollten die Renditen deutscher Wertpapiere in absehbarer Zeit nicht nennenswert ansteigen, ist hier mit weiteren Aufstockungen zu rechnen. Auf diese Weise wird die dauerhafte Finanzierbarkeit der Rentenzusagen gesichert.

Der Umstand, dass in der Philips Pensionskasse die jährlichen Rentenleistungen die Beitragseinnahmen deutlich übersteigen, stellt ein Liquiditätsrisiko dar. Diesem Risiko wird durch eine regelmäßige und vorausschauende Liquiditätsplanung begegnet. Mit dem Ausbau der Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren sowie Immobilien und Beteiligungen für Erneuerbare Energien und der damit verbundenen langfristigen Steigerung der ordentlichen Erträge wird dem Risiko ebenfalls Rechnung getragen. Zudem unternimmt die Kasse erhebliche Anstrengungen, um Neumitglieder für die Einrichtung zu gewinnen.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Pensionskasse voll erfüllt. Eine Nutzung der Eigenmittel B ist dafür weiterhin nicht erforderlich.

6. Ausblick

Vor dem Hintergrund der nach wie vor ungelösten Euro-Krise und der Gefahr möglicher Blasenbildungen in "sicheren" Teilen der Kapitalmärkte (deutsche Staatsanleihen, Edelmetalle, Immobilien) muss in den kommenden zwei Jahren jederzeit mit Kursrückschlägen in allen Anlagearten gerechnet werden. Vor allem auch die seit Ende 2011 bereits wieder stark angestiegenen Aktienbörsen könnten hiervon betroffen sein.

Von sich stabilisierenden Konjunktur- und Unternehmensdaten in Westeuropa und den USA und einer Lösung der Euro-Schuldenproblematik würden hingegen speziell alle "Credit"-Produkte, also u. a. Unternehmens- und Ex-Deutschland-Staatsanleihen profitieren, da sich die auf historische Höchststände angestiegenen Renditedifferenzen gegenüber deutschen Anleihen wieder verringern sollten. Ob ein "default" (Bankrott) kleinerer Euroteilnehmerländer letztendlich vermieden werden kann, erscheint derzeit zumindest fraglich. Allerdings sollten die negativen Auswirkungen auf die anderen Euro-Länder und damit die Kapitalmärkte überschaubar und beherrschbar sein, sofern die Abwicklung der Kredite und ein möglicher Euro-Austritt geordnet verlaufen.

Die gegenüber den Vorjahren noch breitere Streuung der zinstragenden Kapitalanlagen der Philips Pensionskasse, der (bis auf Weiteres) Verzicht auf Aktieninvestments sowie die laufende Überprüfung und Verbesserung der eingesetzten Risikomanagementtools und der internen Ressourcen sollte es möglich machen, in den kommenden Geschäftsjahren eine angemessene Rendite zu erzielen und sämtliche aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen.

Für die Jahre 2012 und 2013 erwarten wir daher für die Pensionskasse eine positive Entwicklung in einem grundsätzlich stabileren Kapitalmarktumfeld. Allerdings werden die Unsicherheiten, die sich aus der noch ungelösten Euro-Schulden- und möglicherweise erneuten Bankenkrise ergeben, noch längere Zeit bestehen bleiben.

7. Nachtragsbericht

Nach dem Ende des Geschäftsjahres 2011 konnten die stillen Lasten auf den Master-Wertpapierspezialfonds, siehe auch Seite 14, Punkt 1. Wertpapierspezialfonds, bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung vollständig abgebaut werden. Der Spezialfonds weist nunmehr bereits wieder nennenswerte Reserven auf.

Den Mitgliedervertretern, allen Mitarbeitern der Philips Pensions-Service eG und denen, die sich für die Belange der Pensionskasse und deren Mitglieder eingesetzt haben, sprechen wir unseren Dank aus.

Bilanz

zum 31.12.2011

Aktiva		Euro	Euro	Vorjahr T-Euro
		-----	-----	-----
A.	Immaterielle Vermögensgegenstände		0,00	30
B.	Kapitalanlagen			
I.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	56.849.108,03		
II.	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen Beteiligungen	59.550.093,77		
III.	Sonstige Kapitalanlagen			
1.	Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	388.410.370,16		
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	147.672.446,02		
3.	Sonstige Ausleihungen			
	a) Namensschuldverschreibungen	55.560.875,74		
	b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	91.487.958,83		
4.	Einlagen bei Kreditinstituten	11.500.000,00		
5.	Andere Kapitalanlagen	<u>1.000,00</u>	811.031.852,55	804.286
C.	Forderungen			
I.	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1.	Versicherungsnehmer	28.294,27		
2.	Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>75.723,72</u>	104.017,99	228
II.	Sonstige Forderungen		1.444.145,89	793
D.	Sonstige Vermögensgegenstände			
I.	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		4.946.508,17	1.170
II.	Andere Vermögensgegenstände		2.768.985,83	2.754
E.	Rechnungsabgrenzungsposten			
I.	Abgegrenzte Zinsen und Mieten		8.175.708,59	6.210
II.	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>30.424,02</u>	<u>14</u>
	SUMME DER AKTIVA		<u>828.501.643,04</u>	<u>815.485</u>

Hamburg, 5. März 2012

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

- Der Treuhänder -

Dr. Til Bräutigam

Bilanz

zum 31.12.2011

Passiva		Euro	Vorjahr T-Euro
A. Eigenkapital			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gem. § 37 VAG	39.120.000,00	38.520	
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	784.807.968,96	770.478	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	235.207,36	65	
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	979.372,77	5.443	
C. Andere Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen	114.149,30	143	
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitglieds- und Trägerunternehmen	42.337,55	21	
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: € 25.022,71 (im Vorjahr: T€ 32) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 22.709,79 (im Vorjahr : T€ 37)	3.005.103,74	596	
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
	197.503,36	219	
SUMME DER PASSIVA	<u>828.501.643,04</u>	<u>815.485</u>	

Hamburg, 5. März 2012

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 17.12.2010 genehmigten Geschäftsplan und der am 29.02.2012 genehmigten 5. Ergänzung berechnet worden ist.

- Der Verantwortliche Aktuar -

Dr. Horst-Günther Zimmermann

Gewinn- und Verlustrechnung

01.01. - 31.12.2011

		Euro	Vorjahr T-Euro
I.	Versicherungstechnische Rechnung		
1.	Verdiente Beiträge	13.014.548,95	13.355
2.	Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	4.109.080,81	5.479
3.	Erträge aus Kapitalanlagen		
a)	Erträge aus Beteiligungen	1.464.024,95	451
b)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa)	Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	8.940.308,38	
bb)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen	13.421.830,42	29.934
c)	Erträge aus Zuschreibungen	17.740,26	85
d)	Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	17.598.572,83	1.842
4.	Sonstige versicherungstechnische Erträge	610.209,24	639
5.	Aufwendungen für Versicherungsfälle		
a)	Zahlungen für Versicherungsfälle	33.166.753,83	32.396
b)	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	170.059,32	42
6.	Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen Zuführung in die Deckungsrückstellung	14.329.847,96	22.333
7.	Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	0,00	77
8.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a)	Abschlussaufwendungen	202.503,04	
b)	Verwaltungsaufwendungen	<u>306.285,85</u>	771
9.	Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a)	Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	4.439.694,80	
b)	Abschreibungen auf Kapitalanlagen	4.916.487,49	
c)	Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>650.990,35</u>	6.524
10.	Versicherungstechnisches Ergebnis	993.693,20	- 10.358
II.	Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1.	Sonstige Erträge	25.663,50	27
2.	Sonstige Aufwendungen	147.270,88	192
3.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	872.085,82	- 10.523
4.	Außerordentliche Erträge	0,00	11.900
5.	Sonstige Steuern	272.085,82	264
6.	Jahresüberschuss	600.000,00	1.113
7.	Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gem. § 37 VAG	600.000,00	1.113
8.	Bilanzgewinn	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0</u></u>

A n h a n g

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierung der Immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Grundstücke und Bauten sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Abschreibungen werden nach § 253 Abs. 3 HGB vorgenommen, wobei für die planmäßigen Abschreibungen die lineare Methode angewandt wird.

Die Bewertung der Investmentanteile im Umlaufvermögen erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip. Investmentanteile im Anlagevermögen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Der Wertpapier-Master-Fonds (Bündelung aller externen Wertpapier-Spezialfondsmandate) wird seit 2011 gem. § 341b Abs. 2 HGB im Anlagevermögen geführt. Zum Bilanzstichtag beträgt der Buchwert T€ 321.848 und der korrespondierende Zeitwert T€ 314.997. Auf eine Abschreibung in Höhe von T€ 6.851 auf diesen Fonds wurde verzichtet. Einerseits befinden sich nur noch Mandate für festverzinsliche Wertpapiere in dem Hauptfonds und andererseits sorgen die den externen Asset Managern vorgegebenen Anlagerichtlinien dafür, dass, von einem kleinen Anteil niedriger gerateter Papiere in den Schwellenländermandaten abgesehen, nur Anleihen bester Qualität ("Investment-grade"-Rating) erworben werden. Auf mögliche Herabstufungen unter dieses Niveau wird mit unmittelbaren Verkäufen der betroffenen Positionen reagiert. Da es sich somit nur um vorübergehende Kursverluste der Fondsbestände handelt und die Rückzahlung der Papiere als gesichert gelten kann, sind keine Abschreibungen erforderlich.

Inhaberschuldverschreibungen sind auf Basis des § 341b Abs. 2 HGB mit einem Buchwert von insgesamt T€ 147.672 (Vorjahr T€ 69.694) vollständig dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bewertung erfolgt daher nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Der korrespondierende Zeitwert beträgt T€ 145.952 (Vorjahr T€ 69.115). Auf diesen Bestand wurden Abschreibungen i. H. v. T€ 1.805 (Vorjahr 0) vorgenommen. Weitere Abschreibungen in Höhe von T€ 6.056 (Vorjahr T€ 3.186) wurden aufgrund der nur vorübergehenden Wertminderungen nicht vorgenommen.

Die vorübergehenden Wertminderungen verteilen sich auf einen Pfandbrief einer spanischen Sparkasse, auf Anleihen von Unternehmen sowie auf Staatsanleihen der Euro-Zone (kein Griechenland).

Da die Pensionskasse in allen Fällen von einer regelmäßigen Bedienung der jährlichen Kuponzahlungen und einer vollständigen Rückzahlung der Anleihen zum Fälligkeitszeitpunkt ausgeht, wurde auf Abschreibungen verzichtet. Insbesondere die Absicherung aller bis Ende 2013 fällig werdenden Emissionen der sogenannten „PIIGS“-Anleihen, das heißt von Papieren aus Portugal, Irland, Italien und Spanien durch den europäischen Finanzmarktstabilisierungsmechanismus (Euro-Rettungsschirm) unterstützt die positive Einschätzung der dauerhaften Bonität der Staaten. Im Falle Griechenlands muss hingegen von einem nennenswerten Schuldenschnitt ausgegangen werden. Seitens der Kasse wird erwartet, dass die bestehenden Probleme der Eurozone aber gelöst werden können und die Gemeinschaft der Teilnehmerländer weiterhin alle notwendigen Schritte ergreifen wird, um die Stabilität des Wirtschaftsraumes und damit des Euros wieder herzustellen. Die betroffenen Unternehmensanleihen wurden von erstklassigen Schuldnern emittiert. Die zwischenzeitlichen Kursrückgänge sind einzig eine Folge der verschlechterten Einschätzungen der jeweiligen Heimatländer der Firmen.

Die festverzinslichen Wertpapiere, bei denen es im vergangenen Jahr zu zwei oder mehr Herabstufungen der Bonitätsnoten gekommen ist, wurden gemäß den einschlägigen Vorgaben des Versicherungsfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) abgeschrieben.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Die unter den „sonstige Ausleihungen“ ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips bewertet.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten sowie der anderen Kapitalanlagen erfolgt zu den Anschaffungskosten.

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Dem Risiko des Forderungsausfalls wird mit Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird für jeden Versicherungsfall, der bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist, einzeln ermittelt.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten und der sonstigen Rückstellungen erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

2. Erläuterungen zur Bilanz

Die Bewegungen und Bilanzwerte der Kapitalanlagen sind aus der Übersicht „Entwicklung der Aktivposten“ zu ersehen.

Kapitalanlagen

Die Bewertung der Kapitalanlagen zeigt folgendes Bild:

	<u>Zeitwert</u> Mio. €	<u>Buchwert</u> Mio. €	<u>Saldo</u> Mio. €
Grundstücke und Bauten	82,0	56,8	25,2
Beteiligungen	59,5	59,5	0,0
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	382,5	388,4	-5,9
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	146,0	147,7	-1,7
Namensschuldverschreibungen	60,5	55,6	4,9
Schuldscheinforderungen und Darlehen	96,0	91,5	4,5
Einlagen bei Kreditinstituten	<u>11,5</u>	<u>11,5</u>	<u>0,0</u>
Summe	<u>838,0</u>	<u>811,0</u>	<u>27,0</u>

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen ist T€ 853.467, der korrespondierende beizulegende Zeitwert beträgt T€ 837.963. Der sich hieraus ergebene Saldo beträgt T€ 15.504. Die Differenz gegenüber den zuvor genannten Buchwertangaben resultiert aus vorgenommenen Wertberichtigungen.

Der Zeitwert der Grundstücke und Bauten ist auf Basis vorliegender Wertgutachten aus den Jahren 2009 bis 2011 nach dem Ertragswertverfahren ermittelt und entspricht dem Marktwert gem. § 55 RechVersV.

Der Zeitwert der Beteiligungen entspricht dem Buchwert.

Bei einem Spezialfonds im Anlagevermögen ist der Kapitalanteil der Pensionskasse größer als 10 % des jeweiligen Fondsvermögens:

1. Wertpapierspezialfonds (reiner Rentenfonds)

Marktwert: T€ 314.997

Buchwert: T€ 321.848

Differenz: T€ 6.851

Im Berichtsjahr erfolgten keine Ausschüttungen (Vorjahr T€ 9.084).

Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe von Fondsanteilen bestehen nicht.

Die Ermittlung der Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen (Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen) erfolgte anhand der Euro-Swapkurve zuzüglich geeigneter Zinsaufschläge. Die Zeitwerte der übrigen Wertpapiere (Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere) entsprechen den Börsenkurswerten zum Bilanzstichtag gem. § 56 RechVersV.

Der Zeitwert der Einlagen bei Kreditinstituten sowie der anderen Kapitalanlagen entspricht den jeweiligen Buchwerten.

Zuteilbare Bewertungsreserven für die Beteiligung der Versicherungsnehmer gem. § 153 VVG bestehen satzungsgemäß nicht.

Forderungen

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Der Posten "Sonstige Forderungen" beinhaltet im Wesentlichen Forderungen aus Mieten, noch nicht abgerechneten umlagefähigen Betriebskosten und einer Forderung gegenüber der Philips Pensions-Service eG.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände enthalten bereits im Geschäftsjahr 2011 gezahlte Renten für Januar 2012.

Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten weist fast ausschließlich noch nicht fällige Zinsen, das Geschäftsjahr 2011 betreffend, aus.

Gewinnrücklage

In die Verlustrücklage gem. § 37 VAG wurden € 600.000,00 eingestellt. Damit wird der Satzung und den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinsichtlich der Solvabilität in vollem Umfang entsprochen.

Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2011 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach den aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplänen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Zusatzversorgung, 2008 und 2008 Zusatzversorgung prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet.

Dabei wurden als Rechnungsgrundlagen für den Tarif 1985 die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,5 % p. a. verwendet. Für die Tarife 2002 und 2002 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,25 % in Ansatz gebracht. Für die Tarife 2008 und 2008 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 2005 G“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % zugrunde gelegt.

Zum 31.12.2011 wurden die (neuen) Versicherungen nach AVB Tarif 2009 Ausgleichsberechtigte im Bestandsverwaltungssystem noch nicht erfasst. Zu diesem Stichtag wurde daher die Deckungsrückstellung für die o. a. Versicherung ohne Berücksichtigung der rechtskräftigen Scheidungsurteile ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2011 beläuft sich die Summe der von den Familiengerichten festgesetzten Ausgleichswerte nach einem rechtskräftigen Versorgungsausgleich auf insgesamt ca. T€ 663.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die unter Berücksichtigung der rechtskräftigen Scheidungsurteile ermittelte geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung zum 31.12.2011 den o. a. Gesamtbetrag der Ausgleichswerte um weniger als 10 % übersteigen wird. Daher wurde auf Grund der unwesentlichen Höhe des Betrages von einer (pauschalen) Einrechnung einer entsprechenden Sicherheitsmarge in die Deckungsrückstellung zum 31.12.2011 abgesehen.

Die Deckungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr um € 14.329.848 auf € 784.807.969 erhöht, darin enthalten ist eine pauschale Verstärkung in Höhe von € 30.475.134.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gemäß § 26 RechVersV sind hier die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen ausgewiesen.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2011	€	5.442.655,69
Entnahme für		
• Tarif 1985 Erhöhung der Ansprüche	€	./.
• Tarif 2002 Erhöhung der Ansprüche	€	./.
• Tarif 2002 Z Erhöhung der Ansprüche	€	./.
• Tarif 2002 Z Forderungsausgleich	€	./.
• Tarif 2008 G Erhöhung der Ansprüche	€	./.
• Tarif 2008 Z Erhöhung der Ansprüche	€	./.
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	€	0,00
Stand am 31.12.2011	€	979.372,77

Eine Festlegung auf Zuteilung laufender Überschussanteile liegt zum Bilanzstichtag nicht vor.

Sonstige Rückstellungen

Im Wesentlichen sind hier Rückstellungen für die Prüfungs- und Erstellungskosten des Jahresabschlusses 2011 enthalten.

Andere Verbindlichkeiten

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beträgt T€ 341.

Die Höhe der durch ein Grundpfandrecht abgesicherten Verbindlichkeiten beträgt T€ 363.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der ausgewiesene Betrag beinhaltet Baukostenzuschüsse aus Fördermitteln für Wohnbauten.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die verdienten Beiträge in Höhe von € 13.014.548,95 (Vorjahr T€ 13.355) gliedern sich in laufende Beiträge € 12.455.742,73 (Vorjahr T€ 12.587) und Einmalbeiträge von € 558.806,22 (Vorjahr T€ 768).

Die ausgewiesenen verdienten Beiträge resultieren, wie im Vorjahr, ausschließlich aus Verträgen mit Gewinnbeteiligung.

Im Berichtsjahr wurde der Regulierungsaufwand gem. § 43 RechVersV in Höhe von € 205.034,33 erstmalig der Position Zahlungen für Versicherungsfälle zugeordnet.

Bei den Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von € 17.598.572,83 (Vorjahr: T€ 1.842) handelt es sich um realisierte Gewinne aus dem Verkauf von Fondsanteilen, Inhaberschuldverschreibungen und dem Abgang von zwei Immobilien aus dem Direktbestand.

Im Bereich der direkt gehaltenen Immobilien wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von € 1.597.816,16 und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von € 36.402,06 vorgenommen. Auf das übrige Wertpapierportfolio fielen Abschreibungen in Höhe von insgesamt € 3.282.269,27 an, davon entfallen € 2.316.705,15 auf außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB.

4. Beteiligungsverhältnisse zum Bilanzstichtag gem. § 285 Nr. 11

<u>Name und Sitz des Unternehmens</u>	<u>Eigenkapital</u>	<u>Anteil</u>	<u>Ergebnis 2011</u>
Philips PK Immobilien Beteiligungs GmbH, Hamburg	T€ 19	100,0 %	T€ - 6,2
Philips PK Immobilien I GmbH & Co. KG, Hamburg	T€ 19.939	100,0 %	T€ - 60,6
Philips Pensions-Service eG	T€ 3	33,3 %	T€ 0,0

5. Sonstige Angaben

Die Verwaltungskosten für den Tarif 1985 (inkl. des unter der Position Zahlungen für Versicherungsfälle ausgewiesenen Regulierungsaufwandes) werden mit Ausnahme der Kosten für die Vermögensanlage von den Mitglieds- und beteiligten Unternehmen getragen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von T€ 21.248 für bereits erfolgte Zusagen im Bereich der Immobilienspezialfonds und Beteiligungen.

Das Gesamthonorar für die Abschlussprüfung beträgt € 29.800,00 (excl. Umsatzsteuer).

Im Geschäftsjahr 2011 war der Aufsichtsrat ehrenamtlich tätig. Vorschüsse und Kredite wurden weder an den Aufsichtsrat noch an den Vorstand gewährt.

6. Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Hans-Joachim Kamp *	Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
Günther Weber **	, stellv. Vorsitzender	(Techniker)
Dr. Heinrich Kaiser *		(Jurist)
Roland Kiewewetter **		(Techniker)
Stefan Meyer **		(Techniker)
Wolfgang Allers *		(Dipl.-Volkswirt)

Vorstand:

Norbert Schulte-Mattler	Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
Gabriele Mazarin		(Dipl.-Mathematikerin)

* von den Unternehmen ernannt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 2)

** durch die Vertreterversammlung gewählt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 3)

Hamburg, 5. März 2012

Philips Pensionskasse (VVG)
Der Vorstand

Norbert Schulte-Mattler

Gabriele Mazarin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat kam im Laufe des Geschäftsjahres in regelmäßigen Abständen zur Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Lage der Philips Pensionskasse mit dem Vorstand zusammen. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend unterrichtet. Auch außerhalb dieser Sitzungen stand der Vorstand Mitgliedern des Aufsichtsrates jederzeit mit Auskünften zur Verfügung.

Die zum Abschlussprüfer bestellte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Dem uns vorgelegten Jahresabschluss und dem Lagebericht stimmen wir zu.

Hamburg, im April 2012

Philips Pensionskasse (VVG)
Der Aufsichtsrat

Hans-Joachim Kamp
- Vorsitzender -

Günther Weber
- stellv. Vorsitzender -

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Philips Pensionskasse (VVaG), Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 5. März 2012

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Volkmer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Bröer
Wirtschaftsprüfer

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2011

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten ²		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	€
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	9.979	2.630	6.668	1.714	27.741.282	2.065	81	111	4.417.271	102.668	70.796
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	166	96	276	63	1.191.155	139	10	15	276.293	12.102	9.354
2. sonstiger Zugang ¹					212.580				26.564	495	359
3. gesamter Zugang	166	96	276	63	1.403.735	139	10	15	302.857	12.597	9.713
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	15	1	210	43	847.319	77	4		169.436	4.331	
2. Beginn der Altersrente	248	54									
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	28	9									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf								1			903
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	2	2									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen											
7. sonstiger Abgang		1			152.949						
8. gesamter Abgang	293	67	210	43	1.000.268	77	4	1	169.436	4.331	903
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	9.852	2.659	6.734	1.734	28.144.749	2.127	87	125	4.550.692	110.934	79.606
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	2.851	726									
2. in Rückdeckung gegeben											

¹ Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

² Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2011

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr 31.12.2010 €	Zugänge €	Abgänge €	Zuschreibungen €	Abschreibungen €	Bilanzwerte Geschäftsjahr 31.12.2011 €
A 1. Immaterielle Vermögensgegenstände	30.246,16	0,00	0,00	0,00	30.246,16	0,00
SUMME A	30.246,16	0,00	0,00	0,00	30.246,16	0,00
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	67.961.993,92	2.668.140,11	12.146.807,78	0,00	1.634.218,22	56.849.108,03
SUMME B I.	67.961.993,92	2.668.140,11	12.146.807,78	0,00	1.634.218,22	56.849.108,03
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen Beteiligungen	17.899.381,92	41.880.601,00	229.889,15	0,00	0,00	59.550.093,77
SUMME B II.	17.899.381,92	41.880.601,00	229.889,15	0,00	0,00	59.550.093,77
B III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	490.771.446,08	68.298.306,51	169.711.558,57	17.740,26	965.564,12	388.410.370,16
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	69.694.190,00	82.263.670,00	2.480.750,00	0,00	1.804.663,98	147.672.446,02
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	50.458.200,00	15.102.675,74	10.000.000,00	0,00	0,00	55.560.875,74
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	107.500.000,00	0,00	15.500.000,00	0,00	512.041,17	91.487.958,83
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0,00	11.500.000,00	0,00	0,00	0,00	11.500.000,00
5. Andere Kapitalanlagen	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00
SUMME B III.	718.424.836,08	177.164.652,25	197.692.308,57	17.740,26	3.282.269,27	694.632.650,75
I N S G E S A M T	804.316.458,08	221.713.393,36	210.069.005,50	17.740,26	4.946.733,65	811.031.852,55